

Verbands-Zeitung



**Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Bierwaren, Mühlen und verwandten Betrieben
Publicationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen**

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Zugangspreis: vierjährlich 2,10 Mark, unter Abzug 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schlesierstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdrucker Paul Singer & Co., Berlin S. H. 62

Abonnementsspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die sechzigpfennige Abonnenten 40 Pfennig.
Schluss für Inserate: Montag früh 3 Uhr.

Beachtenswerte Vorgänge — Zukunftsfragen.

Die wirtschaftliche Organisation der Unternehmer in der Brauindustrie ist während des Krieges und namentlich in letzter Zeit außerordentlich erstarzt. In Nr. 43 führten wir 99 Brauereiverbände namentlich auf, die im letzten Geschäftsjahr dem Deutschen Brauer-Bund beigetreten sind. Nach dem Tätigkeitsbericht des Deutschen Brauer-Bundes sind im Geschäftsjahr 1916/17 außerdem 234 einzelne Brauereien (277 im Vorjahr) dem Deutschen Brauer-Bund beigetreten, meistens kleinere Brauereien, während die größeren fast ohne Ausnahme Mitglieder sind. „Die Einzelmitglieder“, heißt es im Tätigkeitsbericht, stellen nach ihrem Malzverbrauch rund 80 vom Hundert des Malzverbrauchs im gesamten deutschen Brauwesen dar. Berücksichtigt man weiter die Mitgliedschaft der mehr als 100 lokalen Verbände, so ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß der Deutsche Brauer-Bund das gesamte deutsche Braugewerbe, vom größten bis zum kleinsten Betriebe, mit den Hunderttausenden in ihm schaffenden Männern und dem in ihm arbeitenden nationalen Werte im Betrage von 3—4 Milliarden Mark vertreten! In dieser vollen, restlosen Umfassung der Gesamtheit eines größten deutschen Industriezweiges steht der Deutsche Brauer-Bund einzig da im deutschen Wirtschaftsleben.“

Die Zahl der Angestellten des Deutschen Brauer-Bundes stieg infolge der ausgedehnten kriegswirtschaftlichen Tätigkeit von 16 im Anfang des Krieges auf 57 im Oktober 1916 und 104 Mitte Oktober 1917, und im Geschäftsjahr 1916/17 verblieb bei einer Gefangenennahme von 550 755 Mf. und einer Gesamtausgabe von 265 837 Mf. ein Überschuß von 284 918 Mf. Nach Abschreibung von dem Mobilisierungswert mit 4481 Mf. und Abschreibung auf Effekten mit 31 062 Mf. ergibt sich ein reiner Überschuß in Höhe von 249 374 Mf. Das Vermögen betrug am 30. September 1917 352 704 Mf.

Mitgeteilt wird ferner im Tätigkeitsbericht, daß der Deutsche Brauer-Bund im Geschäftsjahr 1916/17 Mitglied des Bundes der Industriellen geworden ist, und Kommerzrat Hünthner als Mitglied des Vorstandes des Bundes der Industriellen gewählt ist, ferner auch als Mitglied des „Deutschen Industrierats“, der sich aus 50 Mitgliedern zusammensetzt, die von dem Bunde der Industriellen und von dem Zentralverband deutscher Industrieller zu gleichen Teilen zu bestimmen sind, und der berufen ist, „in allen wichtigen Fragen der Industrie eine führende Rolle zu spielen“. „Es wird“, wie im Bericht gesagt ist, „namentlich auch für die Übergangszeit und für die spätere Gestaltung der Produktions- und Handelsbedingungen von Wert sein, daß der Deutsche Brauer-Bund auch in einem allgemeinen industriellen Zentralverband von anerkannter Bedeutung Sitz und Stimme hat.“

So haben die Unternehmer der Brauindustrie ihre wirtschaftliche Organisation restlos ausgebaut, die Weihen sind geschlossen, im Anschluß an den Bund der Industriellen hat ihre Organisation sich einen starken Rückhalt geschaffen und die Vertretung im „Deutschen Industrierat“ ist sicher nicht ohne Wert. So klingt auch der Tätigkeitsbericht des Deutschen Brauer-Bundes selbstbewußt in folgenden Worten aus:

„Eine Fülle größter verantwortungsvoller Aufgaben, die sich nicht nach Brauuntergebieten trennen, sondern die deutsche Brauindustrie in ihrer Gesamtheit betreffen, stehen vor uns. Wohl uns, daß wir in dem Deutschen Brauer-Bund eine festgeschlossene, die ganze Industrie umfassende Vertretung unserer Interessen beijehen, die sich in schwerer Zeit bewährt hat und zu immer größerer Bedeutung angewachsen ist, dank der vertrauensvollen Erkenntnis der in der Einigkeit liegenden Stärke.“

Neujahr!

Und wieder wendet Chronos stundenmatt
Im Buch der Zeit ein vollbeschriebnes Blatt.

Und jeder Tag, der hier begraben ruht,
Erlänzt von Tränen, und er dunkelt Blut.

Ja, aller Standes atemkurze Frücht
Verendete in Haß und heißem Zwill.

Minuten eine nicht, die ohne Not;
In der Sekunden jede griff der Tod.

Im schnellsten Hande der verwehten Zeit
Stieg auf ein Hilferuf aus Leid und Leid.

Wie aber warst du aller Freuden bar,
Du sonnereiches und doch trübes Jahr!

Die Lust entfloß der irren Menschheit Hans;
Hus blickt sie hoffend in die Zukunft aus.

Dort breitet weißlich noch der Tage Zahl
Und Stunden, unverfärbt von Not und Qual.

Was in ihr harrt, sie zeigt es keinem Blick.
Noch bist du frei, zu wirkeln am Gespäch.

Der Monde, die am Horizonte steht
Und mählich auf zu untern Häuptern gehn.

Gib Ihnen Tat, die deinen Menschen ehrt:
Das Edle fördert und das Lebte wehrt.

Sieh, Chronos taucht aufs neu die Feder ein:
Das Gestern ist dahin — das Heute dein! ...

Pan.

Auch für die Brauereiarbeiter liegt eine Fülle größter, verantwortungsvoller Aufgaben vor, die sie in ihrer Gesamtheit betreffen.

Mögen deshalb auch die Brauereiarbeiter alleamt daran mitwirken, sich eine festgeschlossene, die ganze Industrie umfassende Vertretung ihrer Interessen zu schaffen, eingedeckt der in der Einigkeit liegenden Stärke.

Dazu ermahnt sie u. a. auch ein Vorgang, der das besondere Interesse der Brauereiarbeiter an einer festgeschlossenen Organisation wachrufen wußt. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Brauer-Bundes am 15. Dezember 1917 wurden auch die Lohnfragen erörtert. Nach dem kurzen Bericht hierüber sagte der Präsident, Herr Direktor Funke:

„Die Frage der von den Arbeitnehmer-Organisationen angestrebten Lohn erhöhungen erfordert die ernste Aufmerksamkeit des Gewerbes. Es wird sich empfehlen, die Lohnfrage an einer Zentralstelle zu bearbeiten. Als solche wird der Deutsche Volksschuhverband für Brauereien, B. a. G., vorge schlagen.“

Eine noch viel ernstere Aufmerksamkeit aller Brauereiarbeiter erfordert diese Mitteilung. Sie tragen insgesamt den Schaden, wenn sie den Verhältnissen nicht die nötige Beachtung schenken und sich nicht für die nächste Zukunft rütteln durch tatkräftige und erfolgreiche Mitwirkung an dem Aufbau einer festgeschlossenen Organisation! *

In der Hauptversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes sprach der Geschäftsführer Dr.

Kuhlo über die Arbeiterfrage. Es interessierten seine Ausführungen besonders auch deshalb, weil Dr. Kuhlo auch Syndikus des Arbeitgeberverbandes der bayerischen Mühlen ist. Herr Dr. Kuhlo sagte:

„Hierbei handelt es sich sowohl um die Lohnfrage als auch um die Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zur Arbeiterschaft und zu den Gewerkschaften. Was die Lohnfrage betrifft, so dürfte hier wohl ein allen Wünschen entsprechender Weg gefunden werden können. Während des Krieges wurden die Löhne fast durchweg nur vorläufig geregelt, d. h. man hat in der Hauptache an den alten, vor dem Krieg gültigen Lohnräken festgehalten und den durch die Versteuerung der Lebenslage notwendig gewordenen Ausgleich durch Gewährung von Kriegs- und Zeiterungszulagen geschaffen. Man darf wohl annehmen, daß nach Eintritt normaler Verhältnisse für die meisten zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände eine erhebliche Senkung des Preises gegenüber der gegenwärtigen Marktlage eintreten wird. Wenn sich dann einmal übersehen lassen wird, daß wir wieder auf einem gewissen Normalstand angekommen sind, wird man an eine endgültige Regelung der Löhne und Beseitigung der außergewöhnlichen Zulagen herangehen können. Hierbei wird man dann selbstverständlich von dem Grundsatz ausgehen müssen, daß in keinem Falle unter das sogenannte Existenzminimum heruntergegangen werden darf, daß aber die breiten Schichten der geernteten und für besondere Qualitätsarbeiten befähigten Arbeiter auch Anspruch auf eine entsprechend höhere Lebenshaltung haben. Bei Regelung dieser Fragen wird es vielleicht gar nicht so viel auf die absolute Lohnhöhe ankommen, als darauf, in welchem Verhältnis die Löhne zu denjenigen stehen, die von den mit uns konkurrierenden Ländern bezahlt werden müssen. Es ist für unsere Zusuhindustrie nicht so wesentlich, ob der Produktionswert einer Ware, die wir vor dem Kriege für 10 Mf. erzeugt haben, in Zukunft 15 oder 20 Mf. sein wird, als daß unsere Wettbewerber auf dem Weltmarkt dieselbe Ware nicht unter 25 Mf. herstellen können. Gelingt uns die dauernde Beibehaltung eines Vorpranges, dann wird auch die Lösung des Lohnproblems in Deutschland in einer befriedigenden Weise erfolgen können. Es müssen sich eben auch die Arbeiter darüber klar sein, daß es sich nicht darum handelt, welchen Lohn der Unternehmer zu zahlen bereit ist, sondern bis zu welcher Höhe er gehen kann, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine der schönsten Folgen des Krieges würde es sein, wenn auch die beiden bisher feindlichen Lager in der Industrie, Arbeitgeber und Arbeiter, zu einer Verständigung kommen würden. Zu diesem Zweck wird es aber vor allem notwendig sein, daß der Unternehmer den Lebensinteressen des Arbeiters volles Verständnis entgegenbringt und daß der Arbeiter die Tätigkeit des Unternehmertums richtig würdigen lernt, daß er allmählich erkennt, daß seine Interessen mit denen des Unternehmertums völlig solidarisch sind. Eine blühende Industrie ist die Voraussetzung für hohe Löhne und das Wohlergehen des Arbeiters. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Gewerkschaften, wenn sie in richtiger Erkenntnis der wahren Interessen der Arbeiter diese Verständigung fördern und dazu beitragen würden, die Gegenseite auszugleichen. Die Gewerkschaften mögen zeigen, daß sie zur sachlichen Mitarbeit bereit sind und ihre Hauptaufgabe nicht in der Aufrechterhaltung einer feindseligen Stimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sehen.“

Für den Geschäftsführer eines Arbeitgeberverbandes ist das im allgemeinen recht verständig geworden, auch in Hinsicht auf die Arbeiterinteressen. Aber eine von Dr. Kuhlo gestellte Frage möchten wir besonders herausstellen und der Beachtung der Kollegen, insbesondere der Mühlendarbeiter, empfehlen: die endgültige Regelung der Löhne und Beseitigung der außergewöhnlichen Zulagen, wenn wir wieder auf einem gewissen Normalstand im Lebensunterhalt angekommen sind, wie Dr. Kuhlo sagt. Die

Arbeiter werden begreifen, daß es für sie von Interesse ist, bei der Regelung der Lohnverhältnisse dabei zu sein und ihren Einfluß ausüben. Und das können sie wiederum nur durch ihre Organisation, und können es nur in nachvollänger, ja stärker und füge geschlossener die Organisation ist.

Organisation ist die Lebensfrage der Zukunft, für die Arbeiter unerlässlich.

Nach Beschlüssen nach Preisobergrenze

In der Kriegswirtschaft hat die Preisfestsetzung eine bedeutende Rolle gespielt. Das nämliche gilt auch der Preise unter der ungünstigen Marktlage, hat sowohl für den Produzenten wie für den Kaufmann gegeben, die Situation voll eingespielt; deshalb die Erhöhung gegen die zulässige Preisfestsetzung. Erhielten die Kaufmänner eine Grenze, so hat man nur eifrig bemüht, die Preisfestsetzung zu umgehen. Je größer der Mangel an Nahrungsmitteln, um so stärker die Tendenz, über die Sonderpreisfestsetzung hinaus die Preise hinaufzutreiben. Daraus wurde und wird um die Kaufmänner fortwährend ein energischer Kampf geführt, in dem die unterschiedlichen Interessengruppen mit besonders großen Eifer teilnehmen. So rückt nun die Erhöhung der Bevölkerung hente mit eiem Rast nicht nur gegen diejenigen, die in unserer Nahrungsmittelversorgung die organisierten Einrichtungen durchbrechen, sondern vor allem gegen die fortgesetzte Preissteigerung, die einen großen Teil der Bevölkerung in eine bittere Notlage gebracht hat.

Gegenwärtig ist die Agitation um die Erhöhung der Preise einziger unerlässlicher Rahmenmittel, wobei voll in Gang. Man bereit sich auf das Verbot Englands und Frankreichs, allein Einverständnis für den Betriebsrat und Gewerbe für die gegenwärtige Preissteige für einen langen Zeitraum gewünscht wird. Nur möchte manches aus der Deutschen einholen. England hat bis zum Jahre 1912 der Landwirtschaft einen Höchstpreis für Getreidefestsetzung, der auf die gegenwärtige Preislage anliegt. Frankreich hat in diesem Jahre eine besondere Maßnahmen den 20 Prozent für den Getreide gesetzt und den Wertekreis auf 820 Pf. pro Zentner erhöht. Das englische Gesetz findet für uns in der Nachahmung vollständig, weil die Produktion der englischen Landwirtschaft so gering ist, daß für den Gesamtkontum der Bevölkerung nur ein verhältnismäßig kleiner Teil gedeckt wird; ganz abgesehen davon, daß der Erfolg dieser Maßnahme oft in Zweifel gezogen werden muß. Dabei wird berücksichtigt werden, daß die hohen Preise, die England bei der Einsicht gegenwärtig zahlt, erheblich gestiegen sind, die Spannung zwischen Staaten zu so hoch in England der Preiskreis nicht mehr kann als gegenwärtig bei uns. Das Gesetz von Frankreich kann uns aber verringern zur Nachahmung eilen, weil eine Preisfestsetzung am Jahre 1912 keinen Erfolg hat die größte Vorsicht in den Herstellerländern der hohen Kosten für die Lebenshaltung und dem Kriegsleid mit großer Schwierigkeit verbunden. Sie können aber unangemäß die hohen Preise aufzuweichen. Dazu kommt, daß wir gegenwärtig bei einem Getreidepreis von 400 Pf. die Preise eines höheren Preises haben, als für die industrielle Produktion in England oder auch Frankreich geplant sind. Nach die Preise für Stroh und Weizen lieber, sonst zu kostspielige Produktion in diesen Ländern ist drohte kommt, angeführt auf der Seite unserer Städte. Es muß deshalb jeder Antrag auf überlegige Preisobergrenze ganz abgesehen von einer Gewinn- und Nutzenthese, auf das entgegengesetzte beschränkt werden. Die gegenwärtigen Preise deßen die erhöhte Produktionskosten; eine Erhöhung und Steigerung der hohen Gewinne und nach dem Kriegsleid entsteht jeder berechtigten Grundlage.

Sind um die Festsetzung der Kartoffelpreise für das nächste Wirtschaftsjahr bereit man sich bereits, nämlich wird eine Erhöhung der gegenwärtig gültigen Preise beurteilt. Da wir einen Preis haben, der ungeachtet des Erfolges des Betriebsrates erreichbar ist, wird diese Forderung in der Bevölkerung nicht gerade dazu beitragen, die Preis fest einzurichten. Zumindest hier die hohe Kartoffelpreise zu bestimmen. Ein hoher Preis soll nicht eine bessere Technik des Arbeitens erlauben, wenn er über die tatsächliche Produktionskosten im nächsten Jahre den Betriebsräten betrifft. Ein großer Erfolg ist sehr schwierig, kann sehr zu erwarten. Auf der anderen Seite ist es unerlässlich bedeutsam, auf den Erfolg einer solchen die Satisfaktion im weinigen aufzupassen. Man muß nicht wissen die Ergebnisse, daß in Zukunft zu das Prinzip nicht weiter verwirklichten Kriegs bietet. Das Prinzip des Ausstellens einer neuen Kartoffelpreise gegenübersteht. Deshalb kann ein ungünstiger Zustand der Kartoffel bestehen, dann es kommt um den Preis der Satisfaktion des einzelnen unserer Organisationen gebracht.

Bei der Satisfaktion kann noch einmal die Festsetzung des Kartoffelpreises auf 10 Pfund pro Zentner. Das kann in der gesamten Industrievertretung

lebhaft befürwortet wird, später bestimmt werden. Der Präsident des Kriegsernährungsministeriums, Herr von Waldeyer, hat im Frentjedien Abgeordnetenhaus die Verteilung der auf 840 Millionen Tonnen verordneten Kartoffelernte wie folgt berechnet:

Kartoffelernte	65 Millionen Tonnen
Soziale, Gewerbe und Städte	9,8
Die politische Bedürfnung	3,7
Arme und Weiche	3,2
Stadt	6,7

In dem hier angegebenen Stowand von 6,7 Millionen Tonnen ist natürlich ein erhebliches Quantum Viehfutter enthalten. Es besteht aber auch kein Zweifel, daß der Vertrag der Ernte auf 88 bis 10 Millionen Tonnen, wie es jetzt von Schwerin-Löwitz angenommen werden darf. Wenn das Kriegsernährungsamt für ungefähr 25 Wochen eine Sitzung von 3 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung in Aussicht steht, so würde das eine Menge von etwa zwei Millionen Tonnen ausmachen, ein Quantum, das bei der gegenwärtigen Kartoffelernte sicher zu decken ist. Der Unterschied, daß Transportunternehmen befinden, kann nicht als durchdringend erachtet werden. Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, um die geringsten Anforderungen, die die Arbeiter im Einzelfall auf den Mangel an Nahrungsmitteln stellen, befriedigen zu können.

Sehr eifrig sind die Interessenten für den Industriearbeitsmarkt am Werk, um den Preis für die Industriearbeiter von 2,0 Pf. in dieser Sache auf 3,5 Pf. pro Zentner für die nächste Ernte schon jetzt festzulegen. Da in letzteren Zeiten der Preis für Industriearbeiter auf 80 bis 90 Pf. pro Zentner stand, so würde diese Preissteigerung eine Verwertung des Friedenspreises bedeuten. Ein unerhörter Anspruch, der nur wiederum zeigt, daß keine auch noch so große Preissteigerung die gegenwärtige Möglichkeit voraussetzt kann.

Wir können und die Interessenten für den Industriearbeitsmarkt am Werk, um den Preis für die Industriearbeiter von 2,0 Pf. in dieser Sache auf 3,5 Pf. pro Zentner für die nächste Ernte schon jetzt festzulegen. Da in letzteren Zeiten der Preis für Industriearbeiter auf 80 bis 90 Pf. pro Zentner stand, so würde diese Preissteigerung eine Verwertung des Friedenspreises bedeuten. Ein unerhörter Anspruch, der nur wiederum zeigt, daß keine auch noch so große Preissteigerung die gegenwärtige Möglichkeit voraussetzt kann.

Wir müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabliert. Sie müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß das Kriegsernährungsamt dieser politisch Einheit gehalten und es nicht fehlt einer Träger dieser Bestrebungen wird. Beider Beratungen mit der dieser Stelle zugehörigen Industrie gegen die fortgesetzten Aufrufungen unbegründet etabli

oder schlimmer kommen. Bei einer Besprechung lernte ich über ein halbes Dutzend Kollegen kennen, die alle schon Mitglieder waren, zum Teil bis zu ihrer Einberufung, und selbst Vertrauensposten bekleideten. Keiner war und konnte mit den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zufrieden sein und ein allgemeines Schimpfen war die Folge. Wird es damit besser? Gewiß nicht! Warum also sich nicht an die Organisation wenden? Auch die reklamierten Kollegen sollten soviel Mut aufbringen. Wie dürfen uns doch draußen, wo das Leben auf dem Spiel steht, auch nicht feige zeigen. Oder fürchtet man gar das Beitragszahlen? Das wäre noch schlimmer! Jedenfalls waren diese Unterlassungssünden, die nicht vorkommen sollten. Was glaubt Ihr, Kollegen, was Eure feldgrauen Kameraden zu einem solchen Verhalten denken müssen und sagen werden? So gleichgültig dürft Ihr die Organisation nicht verflümmeln lassen. Denkt an die Zukunft und sucht überall mit der Organisation in Führung zu bleiben, oder, wo diese verloren ging, wiederherzustellen.

Sofort handelt! Laßt Euch nicht vom Frieden überreden, indem Ihr Eure Pflicht vernachlässigt, sonst müßt Ihr Euch vor Euren heimfahrenden feldgrauen Kollegen schämen und die Verachtung folgt auf dem Fuß.

Ein Feldgrauer.

Bom Weltkriege.

Gefallen sind aus der Zahlstelle:

Augsburg: Lindenmeier, Bierführer, Brauerei Prinz Paul; Bruder, Bräuer, Hörisch, Bräuer, Müller, Bräuer, Gesellschaftsbrauerei;

Welsch: Albert Zick, Flaschenfellerarbeiter, Brauerei Scheib;

Plauen i. B.: Ernst Schwab, im Lazarett gestorben;

Welsch: Adolf Lus, Hafnarbeiter, Bürgerbräu

Ehre ihrem Andenken!

Bernicht wird August Trepte, Städtische Lagerbierbrauerei, Hannover.

Das Eisener Kreis erhielten: Kaspar Schiller, Georg Schäfer, Plauten i. B., letzterer unter Beförderung zum Unteroffizier; August Trepte, Städtische Lagerbierbrauerei, Hannover; Franz Gall, Bürgerbräu Würzburg; Franz Dietrich, desselbe außerdem die Friedrich-August-Medaille.

Unversorgte Kriegsbeschädigte. Läßt die Versorgung der Kriegsbeschädigten bei all den Einrichtungen, die geschaffen wurden, ihr Los zu verbessern, noch recht viel zu wünschen übrig, so sind jene Kriegsteilnehmer doppelt übel daran, die aus dem Heeresdienst um deswillen ohne Rente entlassen wurden, weil das ihre Erwerbsunfähigkeit oder Erwerbsbeinträchtigung bedingende Leiden nicht auf den militärischen Dienst zurückgeführt wird. Die Zahl dieser Kriegsopfer ist nicht gering und sie steigt andauernd. Für sie, die sich meist in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, ist es wichtig zu wissen, daß sie trotz der Ablehnung ihres Rentenantrags noch eine Unterstützung erlangen können.

Wer sich durch den ablehnenden Bescheid beruhigt fühlt, kann innerhalb drei Monaten nach der Zustellung der Entscheidung Einspruch dagegen erheben. Dieser Einspruch hat die Wirkung, daß der Betreffende bis zum Erlaß einer neuen Entscheidung als Kriegsbeschädigter behandelt wird. Seine Familie ist dann zum Empfang der Familienunterstützung bis zur Dauer von drei Monaten nach der Entlassung voll berechtigt. Solche Personen sind auch berechtigt, die Organe der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Wird wegen Aussichtslosigkeit auf die Erhebung des Einspruches gegen den absehenden Bescheid verzichtet, dann besteht die Möglichkeit, auf Grund des § 25 des Mannschaftsversorgungsgesetzes eine Unterstützung zu erlangen. Dort wird bestimmt, daß Unteroffiziere und Mannschaften, die wegen körperlicher Gebrechen ohne Anspruch auf Rente entlassen werden, im Falle dringender Bedürftigkeit eine Rente bis zur halben Höhe der Vollrente ihres Dienstgrades vorübergehend gewährt werden kann. Die erstmalige Gewährung einer solchen bedingten Rente ist nur bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Entlassung zu läßtig. Die Militärverwaltung ist bei der Zulässigung dieser Rente, die für den Feldwebel bis zu 150 Pf., für Sergeanten bis zu 300 Pf., für Unteroffiziere bis zu 300 Pf. und für Gemeine bis zu 270 Pf. beträgt im allgemeinen nicht unerheblich. Die Bewilligung erfolgt in der Regel für ein Jahr, nach dessen Ablauf die Bedürftigkeit erneut prüft wird. Kriegsbeschädigten, die ohne Rente entlassen wurden, kann nur empfohlen werden, von diesen Einrichtungen soweit als möglich Gebrauch zu machen.

Günstige Nachrichten aus dem Allgäu.

Das Allgäu war für unsere Organisation von jeher stolziger Boden. Sie kommt dort jedoch vermehrt hervor. Diejenigen Organisationen verhältnisse blieben auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen zurück. Da den gegebenen und vorzugebenden Betrieben mehrere mal von jeder mit Säuden und Dingen gegen die Ausdehnung des Verbandes und seines Elterns daran organisierte Arbeiter aus den Betrieben fernzuhalten. In Organisationszahlen wurde seitens der *Arbeitsgemeinschaft der Betriebe* der etwa 10 Jahren dem Kollegen Trepte als zuständiger Bezirksleiter und dem Arbeiterschaftsamt ein umfangreicher und rechter Bericht vorbereitet. Und zwar wurden außerdem öffentlich die Gelegenheiten

und Ressorts bezeichnet. Der Krieg brachte auch für die dortigen Brauereien einen starken Arbeitermangel. Es war nicht mehr zu vermeiden, daß organisierte Kollegen in die Betriebe hineinkamen. Eine ungünstige Situation sah ein, die bald schöne Erfolge zu verzeichnen hatte. Wohin die schlechten Organisationsverhältnisse führten, beweist, daß nicht nur in den einzelnen Betrieben untereinander, sondern in einem Betrieb für ein und dieselben Arbeiterkategorien die Löhne verschieden bemessen und auch in verschiedener Weise standen zur Auszahlung gelangten.

Dem wollten die Kollegen nunmehr abholzen. Sie stellten an alle demptener Brauereien Forderungen auf Erhöhung der Löhne bzw. auf Erhöhung der Teuerungszulagen. In der Brauerei „Zur Stadt Hammburg“ erhielten alle Kollegen Lohnverbesserungen von 3 bis 5 Pf. pro Woche. In Augsburg wurde die Teuerungszulage um 4 Pf. pro Woche erhöht, in allen beiden Betrieben die Überstandenzüge um 29 bis 30 Pf. In der Aktienbrauerei, wo die Unzertifizierten monatlich, die Organisierten wöchentlich entloht wurden, wurde die wöchentliche Entlohnung allgemein eingeführt und die Verhältnisse den übrigen Brauereien gleichgestellt, was für die Kollegen wesentliche Verbesserungen bedeutete. Nicht zu verfehlten ist der Erfolg, der darin liegt, daß nunmehr auch die Organisation als verbindliches Factor anerkannt wurde. Leider haben aber noch nicht alle Kollegen den Wert der Organisation begreifen; sie genießen zwar die Früchte der Organisation mit, ohne sich derselben anzuschließen. Jedenfalls haben diese Kollegen noch keine Ahnung davon, wie schwer sie durch ihr Arbeitsleben die Interessen der Gesamtorganisation eindeutig ihrer eigenen schädigen. Hatte sich die Organisation der Arbeiterschaft nicht angenommen, so wären die Erfolge nicht erzielt worden. Auch auf anderem Gebiete hat die Organisation während des Krieges für die Kollegen in allen Betrieben des Allgäu Verbesserungen geschafft.

In Kaufbeuren sind wiederholt für die Kollegen Teuerungszulagen bzw. Lohnverbesserungen erreicht worden. Auch die jetzt noch vorhandene Bewegung wird für die Kollegen erfolgreich enden, weil sie ziemlich geschlossen hinter ihrer Organisation stehen.

Es wäre nun dringend zu wünschen, daß die Beispiele von Kempten und Augsburg auch bei den Kollegen in den übrigen Brauereien des Allgäu Nachahmung finden möchten. Die erste Zeit nach dem Kriege wird die Kollegen in den Brauereien vor schwere Verhältnisse stellen. Beide den Kollegen in jenen Orten, die es bis dahin noch nicht fertigwachten, sich ihrer Organisation anzuschließen, hoffen wir, daß sie noch rechtzeitig den Weg zu derselben finden, damit ihnen bittere Enttäuschungen erbert bleiben.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierniederlagen.

† Berlin. Die Lohnkommission hat auf Grund der Resolution vom 2. Dezember 2. Art der Kommission der Arbeitgeber verändert. Die Vergabungskommission der Arbeitgeber bestand aus Vertretern des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend und einem Vertreter desjenigen Lager- und Malzfabrikanten, die dem Verein der Brauereien nicht angehören. Ein endgültiges Resultat wurde noch nicht erzielt. Der letzte Zeitpunkt zur Bildung des Tarifvertrages wurde vom 31. Dezember 1917 auf den 31. Januar 1918 hinauszögern. Diese Verlängerung des Kündigungszeitraums des Tarifvertrages um einen Monat gilt für alle Brauereien, also auch für diejenigen Lager- und Malzfabrikanten, welche dem Verein der Brauereien nicht angehören. Die laut der oben erwähnten Resolution im Dezember 2. Art einzuhaltende Zusammenkunft braucht infolge der Verkürzung der Kündigungszeit erst später stattzufinden.

† Schwäbisch Gmünd. Die Klosterbrauerei erhöhte auf Antrag die Teuerungszulage um 4.— Pf. wöchentlich.

† Ulm. Auf unsere Eingabe bewilligte die Rathausbrauerei Aktienbrauerei in Augsburg und die Brauerei „Zum Güterspiegel“ in Müllheim für alle Arbeiter und Arbeitnehmer eine Erhöhung der Teuerungszulage um 200 Pf. pro Woche.

† Löwen. Mit den Vertretern der kleinen Lagerbierbrauereien, „Gaußbrauerei“, „Altenbräuerei“, „Brauerei „Zur Welt am Hause“ und der Güterbahnbrauerei wurde nach mehrmaliger Verhandlung eine Tendenz unseres bestehenden Tarifvertrags vereinbart. Erzielt wurde eine Lohnzulage für alle männlichen Beschäftigten von 2 Pf. pro Woche. Für Arbeitnehmer wurde der Stundenlohn um 3 Pf. erhöht. Die Niederstandenzüge wurden für alle Arbeiter um 3 Pf. erhöht. Außerdem wurde für alle männlichen Arbeitnehmer eine weitere Teuerungszulage von 2.— Pf. pro Woche erreicht. Die unentbehrliche Sonderarbeit für Reinigung und Heizung wurde abgeschafft.

† Radolfzell. Die Brauerei „Zur Hölle“ bewilligte auf Antrag eine Erhöhung der Teuerungszulage um 4 Pf. pro Woche.

Korrespondenzen.

Neustadt a. Saale. Unsere Versammlung am 9. Dezember war ziemlich gut besucht. Den gefallenen Kollegen widmete der Vorsitzende warme Anerkennung, insbesondere dem Kollegen August Kochum, der als 2. Vorsitzender sowie als Arbeiterschaftsmitglied in der Blaulackenfabrik seinerzeit seine volle Wille erfüllt hat. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Kollege Kochum bekannt. Besoldet wurde, wie sonst in den vergangenen Jahren, auch dieses Jahr 3 Pf. aus der Taselfasse als Weihnachtszulage den Kriegsverletzten zu geben. Wobei vor die Zahlstelle 1200 Pf. Kriegsverletzung abbezahlt. Wenn ein solches Zeichen von einzelnen Kollegen wurde der Wunsch gehabt, wieder über Verhandlungen abzuhalten, was gerne geschehen wird, nur liegt es an den Mitgliedern, die Versammlung auch zu besuchen. Zum Schlusse mahnte der Vorsitzende die Kollegen, mitzuhelfen an der Agitation, damit auch in Neustadt einsetzte. Bei mir: Fe. Blaß g.m.b.H. Wobei wurden außerdem öffentlich die Gelegenheiten

Rundschau:

Aus Industrie und Beruf.

Betriebskonzentration. Die Brauerei „Gagelhardt, Berlin“, die erst vor kurzem die Victoria-Brauerei in sich aufgenommen hat, will das gesamte 1060.000 Pf. betragende Aktienkapital der Brauerei Oswald Berliner erwerben und will den Betrieb stilllegen. — Die Generalversammlung der Berliner Bierbrauerei hat die Verschmelzung mit der Pächterhauer Brauerei beschlossen.

Bierherstellung für gemeinschaftliche Rechnung. In der Generalversammlung der Mannheimer Aktienbrauerei Löwenfelle wurde mitgeteilt, daß im Rückblick auf die Zusammensetzungsbefreiungen am 1. Oktober ein Nebeneinkommen zwischen der Badische Brauerei, der Brauerei Löwenfelle und der Brauerei Löwenfelle in Kraft getreten ist, wonach das Bier dieser Brauereien für gemeinschaftliche Rechnung in der Mannheimer Löwenfelle hergestellt wird.

Die Aufnahme der Biersfabrikation hat die außerordentliche Generalversammlung der Oberpfälzerischen Bierbrauerei A.-G. vom 9. November in Hindenburg (O.-Schl.) beschlossen.

Der Brauereibauverein München hat in der Frage der Zusammensetzung der Brauereibetriebe Einlagen an den Bundesrat und an das Bayerische Staatsministerium des Inneren gerichtet, in denen die Beziehung von Angestellten zu den Zusammenlegungen ausdrücklich verlangt wird, außerdem fordert er, daß das Reich für diejenigen Angestellten, welche durch die Zusammensetzung ihre Stellungen verlieren, eintritt in der Weise, daß:

1. diese Angestellten in funktionsfähige eine ihrer bisherigen sozialen Stellung entsprechende und gleichgeartete Beschäftigung ohne Verkürzung ihrer bisherigen Bezüge zugewiesen erhalten;

2. für eventuellen Verdienstentgang in voller Höhe entschädigt werden;

3. nach Begeißel des Gründers der Zusammensetzung diese Angestellten in ihren früheren Betrieben unter Ausnutzung der Zwischenzeit als Dienstzeit wieder aufgenommen werden müssen, alle bisher erworbenen Rechte bleiben gewahrt;

4. die den Kriegsteilnehmern bzw. deren Familien bisher von den Betrieben gewährten Unterstützungen gesichert werden.

In einer Zuschrift des Vereins an die Allgemeine Brauer- und Hopfenzeitung wird zur Sache gezeigt:

Die Bundesratsverordnung vom 2. November 1917 über die Zusammensetzung von Brauereibetrieben, so heißt es, bestimmt in § 8 III, daß bei den Ausschüssen von dem Zusammensetzungskomitee Vertreterleute der Brauereiarbeiter bestellt werden.

Es erregt mit Recht Verdacht, daß bei Fassung dieser Bestimmung der kaufmännischen und technischen Angestellten in ihren Brauereien nicht gedacht wurde, und daß man — wenn schon die Unternehmer und die Arbeiter in den Ausschüssen vertreten sein sollen — nicht auch dem Bindeglied — dem Angestellten — ein gleiches Recht zuschreibt will.

Gedankenlos beim Kochen. In der Bierbrauerei in Nürnberg (O.-Fr.) explodierte ein Topf beim Kochen, wobei der Braumeister Curt schwarz verunglückt; das heiße Koch traf ihn ins Gesicht.

Die Trauerzeit. Der Müller Martin Hartleitner in Königshofen kam in die Trauerzeit und wurde von derselben veratt an eine Holzkant geöffnet, daß ihm der Schädel zertrümmert wurde.

Unfall beim Oelen. Der Müller Georg Wallnauer in Hergoldingen ist beim Oelen des Wühlwerts ins Komrad getreten. Dabei wurde ihm u. a. eine Hand gräßig verstümmelt.

Hopfen als Tabakfarbstoff. Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 9. November Hopfen als Tabakfarbstoff bei der Herstellung von Tabakwaren und nötiger Verlängerung des Rezepturzettels und nach Abgabe der Tabakfarbstoffzulassung bis auf weiteres zugelassen. Auf Grund dieser Erlaubnis hat der Rechtsanwalt zur Sicherstellung des Hopfenbedarfs der Brauereien die Berechtigung von Hopfen zu verwenden, zunächst aus der Herstellung des Tariffvertrages nicht zugesetzten Römersalz und Römersalz und Zigaretten gestattet. Die hierbei zu verwendende Menge ist vorläufig auf 10 von 900 Pfund der von eingetragenen Rauchtabakherstellern zur Verarbeitung überlassenen Tabakmengen und bei Zigarettenherstellern auf 10 von 1000 Pfund Zigaretten 1000 Gramm Tabak zu Anfang zu bringen und befreit davon. Weiter ist aus gesundheitlichen Gründen bestimmt worden, daß das Mischungsverhältnis des Tabaks zum Hopfen bei den einzelnen Tabakzeugen 20% vom HerstellerHopfen nicht übersteigen darf. Zur Herstellung von Tabak, die Tabak nicht enthalten (z. B. Zigaretten), ist die Verwendung von Hopfen nicht gestattet.

Ob unter Verwendung von Hopfen hergestellte Tabakzeugnisse als Heereslieferungen zugelassen werden, steht zurzeit noch nicht fest. Rauchtabak und Zigarettenhersteller, die häufig Hopfen verwenden wollen, müssen gemäß den Bestimmungen der Tabakfarbstoffordnung vorher die Genehmigung des zuständigen Hauptamts dazu einholen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Einigung im Leipziger Gewerkschaftsstreit. Eine Verhandlung am 9. und 10. November, an der die Betriebsräte und Betriebsvertretungen der aus dem Leipziger Kettell ausgerückten Gewerkschaften sowie die Gewerkschaftsleitung und der Ausschuß des Leipziger Gewerkschaftsrates be-

leistet waren, führte zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

Die ausgetretenen Gewerkschaften treten nach den allgemeinen Neuauflagen, die im Januar stattfinden, dem alten Kartell wieder bei. Nach dem Wiedereintritt legen die Kommissionen des Kartells, die im öffentlichen Interesse wieden ihre Tenter nieder. Das Kartell entscheidet über die Bezeichnung dieser Kommissionen. Die Vertretung des Gewerkschaftskartells hat durch den Kartellvorsitz oder durch besonders gewählte Vertreter zu erfolgen. Die von dem Kartell zu stellenden Kommissionen sind. Delegierten haben darüberhinaus die Meinung der Mehrheit des Gewerkschaftskartells zu vertreten. Die durch Behörden zu beruhenden Vertreter des Gewerkschaftskartells haben vor Ablauf dieser Zeitung die Zustimmung des Kartells einzupönen. Das Kartell bleibt es vorbehalten, an Stelle dieser beruhenden Personen andere Vertreter des Kartells zur Vertretung vorzuschlagen. Soweit solche Vermüllungen durch die Behörden bereits erzielt sind, hat das Kartell nach der Wiedereinigung nochzuprüfen, ob diese Vertretung unzureichend ist, ebenfalls durch andere Vertreter des Kartells zu bestehen sind.

Diese Vereinbarung wurde einstimmig beschlossen. Alle Teilnehmer an den Einigungsterminen waren sich voll bewusst, daß es nicht wie je notwendig ist, die Einigkeit der Gewerkschaften hochzuhalten und jede Schwächung gegenüber dem befreundeten in der Kriegszeit außerordentlich erheblichen Unternehmens zu verhindern.

Die Vertreter der aus dem Kartell ausgetretenen Gewerkschaften haben sich bereiterklärt, den Mitgliedern ihrer Gewerkschaften den Wiedereintritt in das Gewerkschaftskartell nach den beschlossenen Vereinbarungen zu empfehlen.

Gewerkschaftliches, Soziales.

Melderverfälle für beiderseitig kampfparteierte. Das Haupt-Kabinett Heinrich Ballod, Preuß-Bürokrat, Sammlung von Meldeverträgen aller Arten und Seiten erlaubt ein Freisatzausweichen zur Erhaltung von Meldeverträgen bzw. Sicherungsplänen, welche den Kampfparteierten und Kämpfenden das Ein- und Aussteigen ohne fremde Hilfe ermöglichen. Als Preise sind angegeben:

1 Preis von 1000 Kronen = 1000 Kronen
2 Preise zu je 500 = 600
1 Preis zu 500 = 500
3 Preise zu je 200 = 600
10 - - - 100 = 1000
26 - - - 50 = 1500
43 Preise insgesamt 5000 Kronen

Das Preisgericht wird spätestens am 31. März 1918 zusammengerufen.

Die Teilnahme an dem Preisgericht ist jedoch gestattet. Jeder Teilnehmer soll Modelle mit entsprechenden Zeichnungen und Beschreibungen einbringen. In Ausnahmefällen sind auch nur schriftliche Mitteilungen mögig. Diese müssen Lösungen und zulässige Namen, Stand und Adresse sind genau anzugeben. Einhandlungen sind bis spätestens 31. Januar 1918 einzurichten, von Melderverteilern mit der Unterschrift: Haupt-Kabinett Heinrich Ballod, Meldeverteilern (Stern, Eduard Rieger, Dresden-L. St. Blasiusstr. Ende 39/41). Seine Kosten und Erhaltung des Melderverteilens werden die zuverlässigen Stücke zuwiderrichten. Die Rechte an den Entnahmen verbleiben den Schreibern.

Sonst weiterer Aufschwung? Wie aus Spanien berichtet wird, befinden sich die Zeichen jenseit in Verhandlungen mit einzelnen Städten mit der neuen Regierung des Reichskanzlers vom 1. Januar 1918 ab; die Würde eines neuen Ministers auf die fortgesetzte bzw. neuerende Gewalt kann einer weiteren Erhöhung der Preise. Es ist die in erfüllte, nicht ausgeschlossen, daß diesen Kunden keine Rettung gelingen wird. (Frankfurter Zeitung Nr. 228) Die Meldeverteilung sind gegen das Jahr 1918 bereits um mehr als 100 Proz. erhöht. Genauso ist es mit fast allen anderen Waren. Damit halten weiter die Gewinnzulagen der Deutschen und Frankfurter Melderverteilung nach der Seite der Mehrzahl der Arbeitnehmer einen Schritt. Die einzelnen Städte, mit denen die Zeichen jetzt verhandeln und die angeblich zu neuen Angestellten bereit sein wollen, werden gut tun, um nicht nur nach den Gewinnzulagen der Zeichen zu erkundigen, sondern auch die Frage heranzutragen, ob ihr Käufchen gegenüber den Büchern der Gewerkschaften nicht notwendig die Verantwortung in eine geringere unertragliche Lage bringt, für die keine amtliche Stelle die Verantwortung tragen kann.

Arbeiterverpflichtung.

Widet an die Erhaltung der Unabhängigkeit in der Gewerkschaftsverbindung! Nach § 49 des Vertragsabkommenes für Angestellte erhält die durch Zeitungserrichtung erworbene Unabhängigkeit auf die Leistungen des Gelehrten, wenn auch dem Schreiber, in welches der erste Beitrag geleistet worden ist, innerhalb der genannten folgenden sechs Monaten weniger als ein Jahr Zeitraum zuvor während eines Schreiberjahrs zurückgelegt werden und über die Zahlung der Abrechnungsgebühr unentbehrlich ist.

Als Zeitungserrichter gilt jeder Schreibermeister, für den ein Beitrag erzielt ist. Dasselbe geschieht, wenn für einen Teil des Monats ein Beitrag gemäß § 177 des Gesetzes entrichtet worden ist. Als Zeitungserrichter werden jedoch, wenn zweier unabhängiger ein Monatsbeitrag geleistet worden ist, aus dem die höheren Schreibermeister angesehen, in denen der Zeitungen

- a) zur Erfüllung der Wehrpflicht in Friedens-, Mobilisierungs- oder Kriegszeiten eingesetzt werden;
- b) in Friedens-, Mobilisierungs- oder Kriegszeiten freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet hat;
- c) wegen einer Krankheit schwerer Arbeitsunfähigkeit und unberechtigt bestanden haben;
- d) zur Beschaffung einer finanziell unabhängigen Zukunft bestrebt sind. Nach diese Kriegszeitlich bestanden nicht den beiden Schreibermeister bestreben zu haben. Mitarbeiter genügen.

Die bestrebenen Maßnahmen aus der Verpflichtungswidrigkeit bestreben sind bestreben sind.

auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt haben, können sich die hierdurch erworbene Unabhängigkeit auf die Leistungen der Angestellten verlieren dadurch erhalten, daß sie sich freiwillig weitervertragen.

Die freiwilligen Beiträge sind spätestens vor Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres zu entrichten, für das sie gelten sollen. Das können die rückständigen Beiträge innerhalb des dem Kalenderjahr der Fälligkeit der Beiträge folgenden Kalenderjahrs nachgezahlt werden. Auch kann die Reichsversicherungsaufkunft für Angestellte die rückständigen Beiträge stunden, wenn der Antrag auf Stundung vor Ablauf der vorbezeichneten Frist gestellt wird.

Die freiwillige Weiterversicherung ist höchstens in derjenigen Gehaltsklasse zulässig, die dem Durchschnitt der letzten sechs Pflichtbeiträge entspricht oder am nächsten kommt. Nach weiter steht die Wahl der Gehaltsklasse davon völlig frei, es genügt also die Zahlung von 1,60 Rgt. monatlich.

Die Beiträge sind portofrei an die Reichsversicherungsaufkunft für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Hohenholzendorf 193-195, einzusenden. Die Einsendung der Beiträge erfolgt mittels des auf den Postkarten erhältlichen hellroten Postbedarfssachenformulars. Die Reichsversicherungsaufkunft für Angestellte ist gleichzeitig von der Hälfte der freiwilligen Weiterversicherung besonders zu benachrichtigen. Auch ist auf die Wahlseite der Bemerk "freiwilliger Beitrag" zu setzen. Um Fräulein zu verhindern, empfiehlt sich die jedesmalige genaue Angabe des Geburtsortes und -datums, sowie der jeweiligen Adresse und des letzten Arbeitgebers. Diese Angaben sind auch bei allen anderen Anträgen an die Reichsversicherungsaufkunft für Angestellte zu machen.

Es können die für die Jahre 1916 und 1917 fehlenden Beiträge noch aufgezehrt werden, und zwar für 1916 bis zum 31. Dezember 1917 und für 1917 bis zum 31. Dezember 1918. Eine Nachzahlung für frühere Jahre ist nur noch möglich, wenn die Reichsversicherungsaufkunft für Angestellte die rückständigen Beiträge geändert hat.

Vertreter, die während des gegenwärtigen Krieges infolge einer Betriebsentlassung stellenlos werden, können jedoch die zur Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit benötigte Spende bis zum Ablauf desselben Kalenderjahrs nachzahlen, das dem Jahr folgt, in dem der Krieg beendet ist.

Gleichermaßen gilt auch für Versicherte, die während des gegenwärtigen Krieges infolge von Maßnahmen feindlicher Stärken verhindert sind, Beiträge zur freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder die Versicherungsgelder einzuzahlen.

Zeitungsempfänger!

Biederholz ersuchen wir, alle unbekümmerten Exemplare der "Verbands-Zeitung" abzubestellen. Die Mitglieder im Heeresdiensten sollen nach wie vor die "Verbands-Zeitung" erhalten, aber wo in den Zählstellen unbekümmerte Exemplare übrigbleiben, besselle man sie ab, in Rücksicht auf die unnötigen Ausgaben und die Papierknappheit.

Verbandsnachrichten.

Verbandsberater, Redaktion und Expedition der "Verbands-Zeitung": Berlin Q. 27, Späthstraße 6/7. Fernsprecher: 1111 Königstraße 275.

Diese Woche ist der 52. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Berichterstattung zum Jahresabschluß.

(Aller Verbandsfunktionären zur Beachtung.)

Das Jahr 1917 steht seinem Ende zu. Um mit der Bearbeitung des Materials zum Jahresbericht nicht aufgehalten zu werden, macht es nur notwendig, daß die Berichtsformulare aller Art, so weit sie zur Herstellung des Jahresberichts benötigt werden, bald, spätestens in den ersten Tagen des nächsten Monats, in den Besitz des Verbandsvorstandes kommen. — Die

Berichtsformulare über die erzielten Einnahmen zulagen müssen.

Und den Verbandsangestellten vor längerer Zeit zugeteilt worden. Die mit der Ausarbeitung dererhoben betrauten Zählstellenaufsichtore werden erachtet, diese Bogen baldmöglichst genau auszufüllen und dem zuständigen Bezirksleiter zuzuführen, damit sie an den Verbandsvorstand weitergeleitet werden können. — Bis einzigen Beispielen sind für das laufende Jahr noch keine

Formulare über die erledigten Abwehrbewegungen (Differenzen)

eingefordert. Es wird dringend erachtet, daß Veränderungen noch rechtzeitig nachzuholen. Weder jede abgefeilte Abwehrbewegung ist durch ein Formular zu berichten. Das wird besonders den Verbandsangestellten zur Beachtung empfohlen. —

Ermittelt wird auch um Berichterstattung über solche Differenzen, wo die Biederholzteilnahme von Kriegsteilnehmern verweigert oder wo bestrebt wurde, Kriegsteilnahme auf den Rücken in Aussicht zu bringen. — Das

Formular III: Abrechnung der Lokalkassen

Ist genau anzugeben und vorzulegen mit der Quittalsabrechnung für das 4. Quartal an den Verbandsvorstand einzurichten. — Die

Quittalsabrechnung für das 4. Quartal 1917 steht bis möglichst bis zum 15. Januar 1918 fertiggestellt und einzuführen. Mit Datum des 4. Quartals 1917 beginnt die vom Verbandsvorstand beschlossene

laufende Vierteljähraberichterstattung Fragebogen B. O.

Die Fragebogen B. O. sowie die Unterfragebogen sind den Zählstellen dieser Tage zugegangen. Die ausgefüllten Fragebogen B. O. sind dem Verbandsvorstand einzustellen, die dabei verwendeten Unterfragebogen dagegen den für die Zählstelle zuständigen Verbandsangestellten (Bezirksleiter) zur Verfügung zu stellen. — Die Bezirksleiter bzw. deren Vertreter werden ersucht, auch für das Jahr 1917 wieder eine kurze

Revue an den Verbandsvorstand einzufinden.

Um bei der neuerdings erfolgten weiteren Einschränkung des Personals im Hauptbüro hier die notwendigen Arbeiten glatt erledigen zu können, macht sich die Mithilfe aller Angestellten im Außen Dienst sowie aller ehrenamtlichen Verbandsfunktionäre notwendig, weshalb wir um dringende Beachtung und Befolgung obiger Wünsche ersuchen.

Der Verbandsvorstand.

Gestorbene Mitglieder

vom 6. bis 20. Dezember.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahnten Sterbegeldes ist in Klammern beigegeben.)

Berlin: Eduard Knobelsdorff, 54 Jahre (108 Rgt.); Düsseldorf: Peter Schmitz, 59 Jahre (63 Rgt.); Langensalza: Robert Heibig, 36 Jahre (108 Rgt.); Breslau: Ferdinand Scheffler, 50 Jahre (77 Rgt.); München: Johann Müller, 54 Jahre (70 Rgt.); August Beyerberger, 55 Jahre (102 Rgt.); Dresden: Heinrich Stühn, 47 Jahre (108 Rgt.); Richard Groß, 57 Jahre (108 Rgt.); Frankfurt a. M.: Josef Riegler, 66 Jahre (108 Rgt.); Koblenz: Wilhelm Burt, 56 Jahre (96 Rgt.); Hannover: Robert Spenger, 52 Jahre (108 Rgt.); Siegen: Friedrich Fischer, 64 Jahre (108 Rgt.); Hamburg: Otto Hösel, 48 Jahre (200 Rgt.).

(Berichtigung) Bezugnahme des Sterbegeldes Steinbeis-Neustadt a. O. in Nr. 50 der "Verbands-Zeitung" betrifft die Summe an die Hinterbliebenen nicht 90, sondern 200 Mark.

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Chefarzt.

Wandsbek-Berlin 24 Rgt.; Bochum-Berlin 36 Rgt.; Rost-Grimma 28,50 Rgt.; Wehrner-Dresden 26 Rgt.; Weiß-Münzen 30 Rgt.; Melber-Münzen 36 Rgt.; Meisinger-Frankfurt a. M. 17 Rgt.; Hattig-Darmstadt 18 Rgt.; Dietrich-Darmstadt 18 Rgt.; Wagner-Berlin 36 Rgt.; Rüninger-Hamburg 20 Rgt.

Eingänge der Hauptklasse

vom 17. bis 23. Dezember.

Dresden 300.—; Frankfurt a. M. 248,27; Aschersleben 450; Giebel in Thüringen 4,98; Rottweil 16,—; Berlin 9,10; Dresdner Bank Berlin 2616,25 Rgt.

Materialverkauf.

Zählstelle	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
	50-Rgt.	80-Rgt.	70-Rgt.	60-Rgt.	60-Rgt.
Oldenburg	—	1000	—	300	—
Uelzen	—	100	400	—	400
Elmshorn	—	—	—	—	200
Bittenberge	—	—	100	200	—
Hann.	—	500	—	—	—
Potsdam	—	200	—	—	—
Eichwege	—	—	400	200	—
Bernburg	—	100	200	100	100
Zwickau	—	200	—	—	—
Ramelsheim	—	—	—	100	200
Landsberg i. Bay.	—	—	1000	—	—
Königsberg	20	—	1000	—	—
Speyer	—	—	1000	—	—
Görlitz	—	—	300	400	—
Geppingen	—	—	300	—	—

Versammlungsanzeigen.

Sonntag, den 30. Dezember.

Hagen. 3 Uhr bei Bierkista, Römerstr. 102. Lübeck. 4 Uhr: "Gewerkschaftshaus", Lübecker Straße 3. Berlin. 8 Uhr: "Zur Traube", Lange Str. 32.

Mittwoch, den 2. Januar.

Bremenhaven. 8½ Uhr: Bahnhofshof, Langestr. 18.

Freitag, den 4. Januar.

Brieg. 8 Uhr bei Reithoff, Oppelnstr. 18.

Für Nr. 1 der "Verbands-Zeitung" ist Freitag, 28. Dezember, früh, Redaktion

Subvention über 1000 Verhinderung über 1917 des Vermögens der Bürigkeit und Mühlenarbeiter und verhindert Berufsgenossen.

A. Oeffnungszeitungsschaffern.

